Mai 2019
Ratsbericht
Europabüro Brüssel

# Personalentscheidungen auf Ratsgipfel im Juni verschoben

## Informelles Abendessen am 28. Mai 2019 in Brüssel

*Dr. Hardy Ostry, Kai Gläser*

**Nur 48 Stunden nach dem Abschluss der Wahlen zum Europäischen Parlament, und damit so früh wie selten zuvor, trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 28. Mai 2019 in Brüssel zu einem informellen Abendessen, in dessen Rahmen der Ausgang der Europawahlen sowie die Besetzung der Posten des Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments sowie des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert wurde. Sowohl innerhalb des Europäischen Rates als auch zwischen Rat und Europäischem Parlament besteht weiterhin Uneinigkeit über die europäischen Personalfragen, die nun bis zum nächsten Ratsgipfel am 20./21. Juni 2019 vorbereitet werden sollen.**

Bereits im Vorfeld des Zusammentreffens hatte die Mehrheit der Fraktionsspitzen im Europäischen Parlament deutlich gemacht, dass man ausschließlich einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten unterstützen werde, der sich bereits vor dem Wahltag als Spitzenkandidat präsentiert hatte. Entsprechend dieser Logik kommen unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses nur Manfred Weber, bisheriger Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der konservativen EVP und Frans Timmermans, Vize-Präsident der Europäischen Kommission und Spitzenkandidat der sozialdemokratischen S&D-Fraktion in Frage. Margrethe Vestager, bisherige Wettbewerbs-Kommissarin und Mitglied des Spitzenteams der liberalen ALDE-Fraktion, hatte sich erst in der Wahlnacht in Position gebracht und erklärt, das Amt des Kommissionspräsidenten anzustreben. Ob und wenn ja, wer von den drei genannten Personen letztlich eine Mehrheit der Abgeordneten des Parlaments hinter sich vereinen könnte, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar.

### Staats- und Regierungschefs in Spitzenkandidatenmodell uneinig

Auch bei den Staats- und Regierungschefs zeichnete sich beim Zusammentreffen nach der Wahl noch keine einheitliche Linie in der Frage der Spitzenämter der Europäischen Institutionen ab. Während die konservativen und sozialdemokratischen Vertreter im Rat überwiegend zum Spitzenkandidatenmodell stehen und den jeweiligen Spitzenkandidaten unterstützen, halten sich vor allem ALDE-Vertreter zurück und betonen mit Bezug auf den EU-Vertrag, dass es keinen Automatismus bei der Wahl eines Kommissionspräsidenten gebe. Der Vertrag besagt zwar, dass die Staats- und Regierungschefs das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen müssen, die letztendliche Entscheidung zur Nominierung jedoch beim Europäischen Rat liege. Dieser benennt per Mehrheitsbeschluss einen Kandidaten, der sich dann im Parlament zur Wahl stellt.

Um die unterschiedlichen Standpunkte und Ansichten der Gesprächspartner besser

einschätzen zu können, traf sich Ratspräsident Donald Tusk im Vorfeld der Gespräche in großer Runde mit zahlreichen Staats- und Regierungschefs zu Einzelgesprächen. Von Interesse war dabei vor allem das Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich bei ihrer Ankunft in Brüssel hinter Manfred Weber stellte, gleichzeitig aber betonte, dass man „pfleglich miteinander umgehen" und eine ausbalancierte Lösung für alle Mitgliedstaaten anstreben sollte. Weiteres Augenmerk lag auf den Gesprächen mit Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, der das Modell der Spitzenkandidaten seit vielen Wochen kritisiert, und zum Beispiel Manfred Weber allem Anschein nach nicht unterstützen möchte, sowie mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, der das Spitzenkandidatenmodell vor seiner Abreise nach Brüssel als „idiotisch" bezeichnete. Ähnlich äußerte sich Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel, der von einem „Scherz" sprach, da die Spitzenkandidaten nur national zur Wahl stünden und Unionsbürger in anderen Mitgliedstaaten ihre Wahlentscheidung nicht aufgrund der vorher festgelegten Kandidaten träfen. Alle drei sind entweder Teil der ALDE-Fraktion oder stehen dieser nahe.

**Tusk erhält Mandat zur Konsolidierung**

Am Abend berieten sich die Staats- und Regierungschefs dann in großer Runde (ohne ihre europapolitischen Berater) und versuchten, erste Annäherungen zu erreichen. Neben der Frage, ob die konservativen und sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs geschlossen hinter den jeweiligen Kandidaten stehen, ging es vor allem darum, zu eruieren, wie sich die Länder positionieren, deren Regierungsvertreter keiner der genannten Fraktionen angehören. Um die Möglichkeiten auszuloten und einen Kompromiss zu erzielen, wurde Ratspräsident Tusk mit dem Führen von Konsolidierungsgesprächen beauftragt, die bis zum nächsten regulären Ratstreffen Ende Juni zu einem Abschluss kommen sollen. Die Vertreter der drei größten Parteienfamilien im Europäischen Rat bestimmten für diesen Prozess Verhandlungsführer. Für die EVP sind dies Lettlands Ministerpräsident Krišjānis Kariņš und Andrej Plenković, Ministerpräsident von Kroatien. Donald Tusk machte bereits unmittelbar nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs klar, dass es bei der Besetzung der Posten vor allem darum gehe, „der Vielfalt der Union Rechnung zu tragen". Dies gelte mit Blick auf die Geographie, die Größe der Länder, das Geschlecht der Kandidaten sowie deren parteipolitische Zugehörigkeit. Nicht wenige Beobachter rechnen daher damit, dass eine Paket-Lösung zustande kommt, bei der alle Posten in einem Schritt besetzt werden, um die Balance anhand der obenstehenden Kriterien sicherstellen zu können.

**Merkel betont Notwendigkeit von handlungsfähiger EU**

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte nach Ende des Treffens mit ihren Amtskollegen, dass bei der Besetzung der europäischen Spitzenpositionen auch thematische Schwerpunkte und Ausrichtungen der zukünftigen Europäischen Union berücksichtigt werden sollten. So nütze es wenig, wenn man sich gegen den ausdrücklichen Willen einzelner Mitgliedstaaten per Mehrheitsbeschluss auf bestimmte Kandidaten festlege, wenn man bei anderen Fragestellungen, die Einstimmigkeit im Rat voraussetzen, auf dieselben Länder angewiesen sei. Sie plädierte daher für eine ausgewogene Lösung, mit der sowohl die Staats- und Regierungschefs, als auch das Europäische Parlament leben können, um die Handlungsfähigkeit der Union sicherzustellen.

Zudem betonte sie, dass aus deutscher Sicht vor allem die Themen Innovation und Wachstum, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Gewährleistung des Sicherheitsverspre-

chens, die gute Entwicklung Afrikas zur Ordnung und Steuerung der Migration, Außen- und Verteidigungspolitik sowie soziale Fragen von entscheidender Bedeutung seien.

**Fazit**

Das informelle Abendessen der Staats- und Regierungschefs am 28. Mai wurde für einen ersten Austausch über die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament genutzt. Ebenso tauschten sich die Staats- und Regierungschefs, wie schon beim informellen Gipfel in Sibiu, über die zu besetzenden Ämter in den höchsten EU-Institutionen aus und übertrugen Ratspräsident Donald Tusk die Aufgabe, an einem Kompromiss zu arbeiten, der die erforderliche Mehrheit im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament bekommen kann. Die Vorschläge sollen dann beim nächsten turnusmäßigen Ratsgipfel vom 20.-21. Juni 2019 in Brüssel abschließend verabschiedet und dem Europäischen Parlament zur Abstimmung vorgeschlagen werden. Beobachter rechnen bereits jetzt mit einer schwierigen Entscheidungsfindung.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international”, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)